



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/232 - 10. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886 890

## Hinweise auf den Inhalt:

Karl Mommer, MdB: Um den Sitz der europäischen Behörden	S. 1
Zentralafrika im Umbau	S. 3
Nach dem Rücktritt Högners	S. 5
Speidel...	S. 6
Aus der Arbeit einer Betriebsrätin	S. 8

## Mit dem Blick auf das ganze Europa

Von Karl Mommer, MdB.

Bis Ende November werden auch Belgien und Luxemburg, die letzten der sechs Länder, die mit den Verträgen von Rom die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes und einer Atomgemeinschaft beschlossen, die Ratifizierung vollzogen haben. Damit werden in wenigen Monaten über der schon fünf Jahre alten Kohle- und Stahlgemeinschaft zwei neue Organisationen ins Leben treten, in denen die sechs Staaten ihre wirtschaftliche Entwicklung aneinander ketten.

Über die Hohe Behörde der Montan-Union werden die beiden Kommissionen der Wirtschaftsgemeinschaft und der Atom-Gemeinschaft als neue Exekutivorgane treten. Um die personelle Besetzung der Kommissionen wird es ein Tauziehen zwischen den beteiligten Ländern und einzelnen Persönlichkeiten geben.

Ein öffentliches Schauspiel besonderer Art verspricht der Kampf um den Sitz der neuen Institutionen zu werden. Die sechs Regierungen müssen den Sitz einstimmig festlegen. Brüssel, Luxemburg, Strassburg und Paris werden als Anwärter genannt. In wenigstens zwei Fällen stehen die Regierungen hinter der Forderung. Wenn man die Anwärter ihrem Kampf überlässt, besteht die Gefahr, dass die Entscheidung durch nicht sachgemässe Kompromisse gefällt wird: man gebe die eine Institution der Stadt A, die andere der Stadt B etc. Die sachlich-politischen Gesichtspunkte drohen unterzugehen, die Gesichtspunkte nämlich, dass im Interesse einer rationalen Arbeit und einer einheitlichen Politik der Sitz der wichtigsten Organe aller drei Gemeinschaften in einer und derselben Stadt sein muss, dass ferner bei der Wahl des Sitzes auch an die Organe der anderen europäischen Gemeinschaften mit mehr Mitgliedstaaten, nämlich der Westeuropäischen Union mit 7, des Europarates mit 15, des Europäischen Wirtschaftsrates mit 17 gedacht werden sollte. Die Selbsterleuchtung der unzulässigen Wahl des Sitzes für die beiden neuen Gemeinschaften sollte wahrgenommen werden, um zumindest in geographischer Hinsicht etwas Ordnung in das europäische Organisationsgestrüpp zu bringen, das kaum jemand zu überschauen vermag. Wer weiss schon, dass der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) seinen Sitz in Paris hat, der Europarat in

Strassburg, die Hohe Behörde der Montan-Union in Luxemburg (während das Parlament der Montan-Union in Strassburg tagt), die Westeuropäische Union schliesslich in London?

Jetzt ist der Augenblick, den Interessenstreit der Städte und Länder beiseite zu schieben und für alle Organe der Montan-Union, der neuen Wirtschaftsgemeinschaft und der Atomgemeinschaft einen gemeinsamen Sitz zu wählen. Ob die Stadt A oder die Stadt B gewählt wird, ist für die Arbeit und den Eindruck nach draussen von zweitrangiger Bedeutung. Wenn aber in den kommenden Monaten nicht mit aller Härte auf dem Grundsatz eines gemeinsamen Sitzes bestanden wird, dürfte die Mitarbeit in den europäischen Behörden zu einer europäischen Reisebeschäftigung werden, die das Ansehen der Sache und den Steuerzahler schädigt.

In einer zweiten Runde muss dann auch der Sitz der andern europäischen Organisationen - Europarat, OEEC und Westeuropäische Union - in diese gleiche Stadt des Sitzes der Organisationen der sechs Staaten verlegt werden. Es ist schon so viel von Rationalisierung der Arbeit und auch in diesen Organisationen gesprochen worden, namentlich von der Verschmelzung des Europarates mit der OEEC; der einheitliche Sitz der Organisationen ist jedoch eine Vorbedingung für jede erfolgreiche Rationalisierung der etwas wild gewachsenen europäischen Einrichtungen.

Der Verlegung des Sitzes aller Organisationen in die gleiche Stadt kommt jedoch auch eine hohe politische Bedeutung zu. Mit der Bildung der Wirtschaftsgemeinschaft und der Atomgemeinschaft schliessen sich die sechs Staaten noch enger zusammen, machen sie einen gewaltigen Schritt auf dem Wege des wirtschaftlichen Zusammenschlusses nach vorn. Die übrigen in Europarat und der OEEC vertretenen Staaten drohen weit zurückzubleiben und diese neue Lage könnte einer Teilung Europas ähnlich sehen. Es muss alles getan werden, um die Sechs und die übrigen möglichst eng beieinander zu halten. Dazu gehört in allererster Linie die energische Arbeit an der Schaffung der Freihandelszone, dazu gehören besondere Beziehungen zwischen den Organen der verschiedenen Gemeinschaften, in deren Einzelheiten hier nicht eingedrungen werden kann. Dazu gehört dann aber auch, dass der Sitz aller Organe der gleiche sei und dadurch die tätigen Menschen in enger Fühlungnahme in der gleichen Atmosphäre dem gleichen Ziel einer grösseren Einheit des freien Europa zustreben können.

Diese Ziele stellt sich auch die Beratende Versammlung des Europarates, wenn sie jetzt zu ihrer Herbstsession zusammentritt. Dieser Zielsetzung gelten viele Studien, die mancherorts getrieben werden. Ihr galt auch eine erste Zusammenkunft europäischer Politiker, die zum vorigen Wochenende auf Anregung des österreichischen Vizekanzlers Bruno Pittermann und auf Einladung des Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates, Fernand Dehousse in Paris stattfand. Es wird grosser Anstrengungen bedürfen, um zu erreichen, dass die kommenden Beschlüsse mit dem Blick auf das ganze Europa, von Gesichtspunkt rationaler Arbeit aus und nicht im Tauschen kleiner Stadt- und Landesinteressen gefasst wird.

\* \* \*

Französische Afrikaner werden aktiv

E. Paris

Die durch das Rahmengesetz für die Überseegebiete eingeleitete Reform in Französisch-West- und Äquatorial-Afrika bewirkt jetzt bereits eine ausserst interessante Entwicklung. Die vor einigen Monaten durchgeführten Wahlen zu den Provinzial- und Territorialversammlungen führten zur Einsetzung autonomer Regierungen aus dem Kreise der Gewählten und bereits in kurzer Zeit zeigte sich ein beträchtliches Anwachsen des Selbstbewusstseins der afrikanischen Völkerschaften, die sich sehr schnell ihrer eigenen Bedeutung und Aufgaben bewusst wurden. Jetzt trachten sie danach, im Rahmen der gewährten Autonomie ihr Eigenleben neu zu organisieren. Im Gegensatz zu den Völkern der ehemals britischen Kolonialgebiete erheben die französischen Afrikaner zunächst keine Unabhängigkeitsansprüche. Umso grösseren Wert legen sie dagegen auf Freiheit und Selbständigkeit im autonomen Rahmen und ihre gleichberechtigte Einliederung in eine zu schaffende französisch-afrikanische Gemeinschaft, von der sie die fortschreitende Besserung ihrer eigenen Situation erhoffen.

Es ist bemerkenswert, dass in den Nachkriegsjahren in den französischen Gebieten Afrikas ein ausserordentlich begabter Kreis eingetretener Persönlichkeiten herangewachsen ist, der sehr klare Vorstellungen von der Rolle besitzt, die ihre Völker aufgrund der Entwicklung im eigenen Bereich und innerhalb der französischen Union zu spielen imstande ist. Sie wissen, dass sie in wirtschaftlicher Beziehung auf die Bindung zu Frankreich nicht verzichten können und die politische, soziale und kulturelle Entwicklung im Rahmen einer reorganisierten französisch-afrikanischen Gemeinschaft am besten gesichert wäre.

Die Einsetzung der autonomen Versammlungen bewirkte eine straffere Organisation der bodenständigen afrikanischen Parteien, deren Zielsetzung damit klarer in Erscheinung tritt. Sie präzisieren ihre Programme und erachten den Augenblick für grundsätzliche Neuordnung in den eigenen Gebieten und eine Neuorientierung ihrer Haltung gegenüber Frankreich gekommen.

Das Bewusstsein, im afrikanischen Raum grosse Aufgaben erfüllen zu müssen, die ausserafrikanische Hilfe und Unterstützung grossen Umfangs erfordern, bewirkte in politischer Beziehung zwar Mässigung und Beschränkung - aber gleichzeitig die Forderung auf Revision der zentralistischen französischen Verfassung, um die Bildung einer auf Gleich-

berechtigung aller beteiligten Völker basierenden französisch-afrikanischen Föderation möglich zu machen, die den afrikanischen Politikern als äusserer Rahmen der erstrebten Freiheit vorschwebt.

Besonders kennzeichnend für die Entwicklung ist der vor wenigen Tagen in Bamako durchgeführte Parteitag der afrikanisch-demokratischen Sammlungsbewegung des derzeitigen französischen Staatsministers Houphout-Boigny, der einflussreichsten afrikanischen Partei. An diesem Parteitag nahm eine grössere Anzahl führender französischer Politiker teil, u. a. die ehemaligen Ministerpräsidenten Edgar Faure und Mendès-France, sowie der frühere Innenminister Mitterand und der jetzige Minister für die Überseegebiete, Gérard Jacquet. Sie alle zeigten für die Bestrebungen der Afrikaner grosses Verständnis und sprachen sich sehr deutlich für die geforderte französisch-afrikanische Gemeinschaft aus, besonders aber Mendès-France, der auf dem Parteitag den Satz prägte: "Die Überwindung des Kolonialismus schwächt die französisch-afrikanische Familie nicht, sondern stärkt sie". Er unterstrich, dass der von den Afrikanern angestrebte Föderalismus die beste Formel zur Erreichung der gesetzten Ziele bilde und dem Prinzip der Menschenrechte entspreche. Der Vater des Rahmengesetzes Gaston Defferre ermahnte Frankreich, in der Befreiung der Überseevölker nicht eine Niederlage oder eine Kapitulation zu sehen, sondern als einen Erfolg, "der von der französischen Zivilisation davongetragen wird".

Wie man sieht, nimmt die französische Linke zu den afrikanischen Problemen eine realistische Haltung ein, die eine Kanalisierung der politischen Strömungen in Afrika auf ein gemeinsames Ziel erleichtern kann. Fraglich ist lediglich, wie sich die französische Rechte zu den gleichen Fragen verhält. Es ist zu befürchten, dass sie ebenso, wie in der Algerien-Frage nationalistischen und kolonialistischen Vorurteilen und Hemmungen unterliegt und durch allzu langes Zögern eine Entwicklung begünstigt, die sich letzter Endes zum Nachteil Frankreichs auswirken muss. Rechtszeitiges Umlernen ist nicht die Stärke der französischen Konservativen.

### Bayerisches Satyrspiel

sp. Der bayerische Ministerpräsident Högnér zog die einzig richtige Folgerung als er als Antwort auf das hinter seinem Rücken betriebene unwürdige Spiel zweier seiner bisherigen Koalitionspartner zurücktrat und eine Koalition aufgab, die nach dem 15. September jeden inneren Zusammenhang vermissen liess. Auf die CSU fällt nun die volle Verantwortung für die künftige politische Entwicklung in Bayern. Sie hat der Versuchung nicht widerstehen können, den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die sich hochverdient in diesem Bundesland gemacht hat. Möchtige Anstöße kamen dazu aus dem Bonner Kanzleramt. Unmittelbar nach den Bundestagswahlen wurde von hier die Devise zum Sturz sozialdemokratisch geführter Länderregierungen ausgegeben - in völliger Missachtung des föderalistischen Aufbaus der Bundesrepublik. Am 15. September hat ja nicht die Politik der Länderregierungen zur Entscheidung gestanden, sondern die Gesamtpolitik der Bundesregierung. Das wird heute vom Bundeskanzleramt übersehen. Hier bekundet sich eine für den inneren Frieden unseres Volkes gefährliche Tendenz. Wohin kommen wir, wenn die Länder danach tanzen sollen, wie in Bonn gepfiffen wird, wenn die Länder zu Ausführungsorganen der Bonner Exekutive degradiert werden?

Bayern bot sich als günstiges Experimentierfeld für gleichgeschaltete Husarenritte an. BHE und Bayernpartei, Mitträger der bisherigen Högnérkoalition, überfiel die Angst vor der Zukunft. Sie hatten besonders schlecht bei den Bundestagswahlen abgeschnitten, ihre Existenz als politische Gruppe steht auf dem Spiel. Man suchte sie Rückhalt bei dem Stärkeren, der in diesem Falle CSU heisst. Was gelten in solch beengter Lage alle Treueschwüre und alle Grundsatzprogramme? Sie sind eine auswechselbare Münze...

Es ist sehr zu bezweifeln, ob der CSU auf lange Sicht dieses Schauspiel, das jetzt auf der bayerischen Ebene abrollt, wohl bekommen wird. Sicherlich ist es kein Gewinn für die Demokratie. Macht es Schule, dann kann einen um die politische Entwicklung angst und bange werden. Die CSU, für die nun die Bahn frei ist, hat es nur in der Hand, einen Scherbenhaufen wieder zusammenzukitteln, den sie selbst mit verschuldete. Man kann, um mit den Worten des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Mensath zu sprechen, doch nicht behaupten, in Bayern hätte die bessere politische Einsicht gesiegt. "Was sich hier ereignet hat, war ein Kurzus für Rettungsschwimmer". Nicht alle Rettungsversuche glücken, manche Teilnehmer finden den Tod dabei. Die Mitwirkenden dieses bayerischen Satyrspiels dürften das vielleicht schon bald selbst erfahren... - 6 -

10. Oktober 1957

### General im Widerstreit der Gefühle

sp. Die erneuten Demonstrationen gegen General Speidel bei seinem Besuch in Oslo, den er in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa dort abstattete, zeigen deutlich genug, wie gewisse Bevölkerungsteile der von Hitler einstmalig besetzten Staaten heute noch denken. Speidel war unter Hitler General und wenn seine persönliche Integrität noch so unbestritten sein mag, so bleibt doch bei den von Hitler unterdrückten Völkern Europas das tiefe Misstrauen gegen alle Männer, die auch unter Hitler dienten, bestehen. Es wäre falsch, diese Demonstration mit dem Schlagwort "kommunistische Propaganda" abtun zu wollen. Die Wahlen in Norwegen haben gezeigt, dass auch dort die kommunistische Partei nur noch die Bedeutungslosigkeit einer Splittergruppe hat.

Das Problem ist viel tiefer, und wir täten in Deutschland gut daran, es in seiner ganzen Bedeutung zu erkennen. Die westliche Verteidigungsgemeinschaft der NATO mit Beteiligung der Bundesrepublik beruht im Bewusstsein grosser Bevölkerungsgruppen in den ehemaligen "Feindstaaten", nicht auf dem Prinzip der vorbehaltlosen Gleichberechtigung. Man akzeptiert den deutschen Soldaten, weil man ihn für gut und leistungsfähig hält; man hat ihn ja im zweiten Weltkrieg kennengelernt. Man respektiert auch das deutsche Organisationstalent und glaubt, dass all dies zusammengekommen eine beachtliche Stärkung des westlichen Verteidigungspotentials darstellt.

Von dieser Anerkennung bis zur Anerkennung des Prinzips der Gleichberechtigung auch auf der Ebene der Führung ist ein weiter Weg. Es ist notwendig, die mit den Protesten gegen Speidel im Zusammenhang stehenden und weit über seine Person hinausgehenden Probleme so hart zu sehen; anderenfalls wird man immer wieder vor Illusionen stehen.

Es hat auch keinen Sinn, die Vorgänge in Oslo mit dem Hinweis darauf abzutun, dass es unter den Generalstabsoffizieren der NATO heute keine Unterschiede mehr gibt. Wir zweifeln nicht im geringsten daran, dass sich die Herren beim Essen im Kasino und vor den Generalstabsarten ausgezeichnet verstehen. Zwischen der Mentalität der Militärs und der Volksmeinung in manchen Ländern gibt es aber einen grossen Unterschied. Das Funktionieren der "Internationale der Generale" ist noch lange kein Gradmesser für die Stimmung in den Völkern, die unter Hitler Schweres erliden mussten.

Oslo zeigt eindringlich, wie ungeheuer gross die psychologischen Schwierigkeiten bei den Völkern der westlichen Verteidigungsgemeinschaft sind. Sie zu überwinden, ist eine politische Aufgabe, die einer langen und geduldigen Arbeit bedarf.

Aus der Arbeit einer Betriebsrätin

Von Erika Donner

"Werden Sie sich denn gegen die Männer behaupten können?" fragte man mich, als ich als eine von drei Frauen in unseren 35 köpfigen Betriebsrat einzog. Diese Sorge ist unbegründet, denn die Kollegen leihen uns jede Unterstützung, so dass die Zusammenarbeit eine durchaus erfreuliche ist. Über tausend Frauen-Arbeiterinnen und Angestellte - haben so manche Sorge, und mit vielen von diesen Sorgen mochten sie bisher nicht zu einem Manne, sei er auch Betriebsrat - gehen. So begegne ich immer wieder einer grossen Befriedigung über die neuerliche Existenz dreier Frauen im Betriebsrat, wenn ich auf meinen Gängen durch die Abteilungen und Betriebe des Werkes unsere Frauen an ihren Arbeitsplätzen besuche. Wir wollen nicht die Bemühungen unserer Kollegen um das Wohl der arbeitenden Frauen verkernern, aber von Frau zu Frau spricht es sich halt oft leichter, und eine Frau sieht die Dinge meist aus einer ganz anderen Perspektive.

Ihr erscheinen Sachen wichtig, die für einen Mann kaum Bedeutung haben. Was hat nun so ein weiblicher Betriebsrat für Aufgaben? Da ist vor allen die Überwachung der Beachtung der Schutzgesetze für die Frau: Mutterschutzgesetz, Verbot der Beschäftigung mit bestimmten Arbeiten, Beschränkung der Arbeitszeit. Immer wieder wird gegen solche Bestimmungen gekündigt. Da heben die Frauen in der Küche 60 kg schwere Esskübel, da werben Überstunden gemacht bis in die Nacht hinein, da hat eine Frau mit kaputten Beinen eine Tätigkeit, bei der sie den ganzen Tag stehen muss. Hier ist der Lohn zu gering, dort benehmen sich die Herren Kollegen schlecht oder der Arbeitsplatz ist unerträglich.

Immer gibt es irgendwo Klagen, Unklarheiten über die Rechtsverhältnisse, Streitigkeiten. Auch die weibliche Jugend, die grosse Zahl der weiblichen Lehrlinge und Anlernlinge, gehört zu unserem Betreuungsbereich. Für sie sind besondere Schutzbestimmungen zu beachten und vor allen der ordentliche Gang der Ausbildung zu überwachen. Langsam verbreitet sich ja endlich die Ansicht, dass ein Lehrling erstens kein bequemer Brötchenholer für Fräulein Schulze und zweitens keine billige Arbeitskraft ist, sondern ein

10. Oktober 1957.

-8-

Mensch, der etwas lernen soll.

Ein Betriebsrat hat ein echtes Mitbestimmungsrecht in Fragen der Durchführung der Berufsausbildung, und so nehmen wir teil an den Schulstunden im Lehrlingsunterricht des Werkes, an den Elternversammlungen und Einstellungsprüfungen für neue Lehrlinge. Laufend besuchen wir unsere Lehrlinge an ihren Ausbildungsplätzen.

Neben dieser speziellen Frauen- und Jugendarbeit steht die Mitarbeit bei allgemeinen Betriebsratsfragen: Gesundheitsfürsorge, Arbeitsrecht, Versorgungseinrichtungen. Das Wichtigste ist das Kontaktschaffen. Viele wissen kaum, was ein Betriebsrat, was eine Gewerkschaft ist. Besonders Angestellte betrachten diese Einrichtungen gern als etwas nicht Salonfähiges, als etwas, das man lieber meidet, denn "der Chef sieht's nicht gern!" Hier aufzuklären, Vertrauen zu schaffen, ist die erste und gerade für eine Frau lohnende und erfolgsversprechende Aufgabe.

+ + +

#### Wahlsieg mit Einschränkungen

".....eine nüchterne Untersuchung der Wahlziffern zeigt, dass in Wirklichkeit keine Umschichtung der Wählerschaft stattgefunden hat, die Sozialdemokratie ihre Stellung nicht nur gehalten, sondern trotz der in einer Demokratie ungewöhnlichen Höhe der Wahlbeteiligung um nahezu 3% verbessert haben. Der Wahlsieg der CDU/CSU hat sich in einem nur bescheidenen Umfang auf Kosten der Oppositionsparteien, nämlich von FDP und BHE, vollzogen. Vielmehr beruht er in der Hauptsache auf der Mobilisierung im Grunde unpolitischer Massen, auf die die Oppositionsparteien nicht einzuwirken vermochten. Dieser Tatbestand weist trotz der überwältigenden Mehrheit Schwächen der Regierungsmehrheit auf, die im Laufe der neuen Gesetzgebungsperiode auch einmal offenbar werden könnten.

Nur mit dieser Einschränkung sollte man von einem Wahlsieg der Regierungsparteien sprechen. Er beruht auf der volkstümlichen Persönlichkeit des Bundeskanzlers, der einmal auf beachtliche politische Erfolge zurückblicken kann und zum anderen in seiner einfachen und klaren politischen Linienführung vom Volk verstanden wird. In wesentlichen wurden CDU/CSU von der in diesem Ausmasse einmaligen Woge der Hochkonjunktur getragen."

("Ketteler Wacht", Katholische  
Halbmonatsschrift, Nr. 19.  
Oktober 1957 )

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel